

Parlamentarischer Vorstoss

2020/341

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Neue Autobahn in BL als Ersatz für BS-Osttangente?
Urheber/in:	Christof Hiltmann
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	25. Juni 2020
Dringlichkeit:	—

Der Grosse Rat Basel-Stadt hat am 10.06.2020 eine Motion überwiesen, welche den Rückbau des oberirdischen basel-städtischen A2-Autobahnteils (Osttangente) vorsieht. Die Basler Regierung wird damit beauftragt, den Rückbau des oberirdischen Autobahnteilstücks per Gesetz festzuschreiben und beim Bundesamt für Strassen einzufordern. Die Haltung des zuständigen Regierungsrates wird in der Basler Zeitung vom 11.06.2020 wie folgt wiedergegeben:

«Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP), der ursprünglich gegen eine Überweisung gewesen war, sprach sich nun dafür aus. Er verwies aber auf den Bau des Rheintunnels, bei dem man mit der Unterstützung des Bundes rechnen könne und der zur Entlastung der Osttangente führen solle. Basel-Stadt gehe davon aus, dass der Rheintunnel 2035 in Betrieb genommen werden könne. Zu diesem Zeitpunkt sei es aus heutiger Sicht opportun, einen Teil der Osttangente zurückzubauen. Der Regierungsrat sieht zudem vor, im Hinblick auf die Inbetriebnahme des Rheintunnels vom Bund eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf der Osttangente von 80 auf 60 Stundenkilometer zu beantragen. »

Die Aussagen von Regierungsrat Wessels lassen aufhorchen. Denn das ASTRA-Projekt Rheintunnel wurde als Entlastungs- und nicht Ersatzprojekt geplant. Mit der zusätzlichen Kapazität soll der bestehende Kapazitätsengpass auf der A2 zwischen dem Schwarzwald- und Schweizerhalle-Tunnel behoben werden. Dieses neue Autobahnteilstück führt oberirdisch über Baselbieter Boden an den Gemeinden Muttenz und Birsfelden vorbei. Die Absicht ist klar: mit dem Rheintunnelprojekt soll Verkehr von der Osttangente auf die Rheintunnel-Tangente verlagert werden. Dies soll gemäss Zielsetzung des ASTRA und der beteiligten Kantone jedoch ohne Kapazitätsabbau geschehen. Wenn nun Signale aus Basel diesem Ziel widersprechen, besteht die Gefahr einer zusätzlichen Verlagerung auf das neue Autobahnteilstück zu Lasten der Baselbieter Gemeinden.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- **Teilt der Regierungsrat die Haltung zur oben beschriebenen ASTRA-Zielsetzung im Zusammenhang mit dem Rheintunnel?**
- **Ist der Regierungsrat über allfällige Rückbauabsichten des Kantons Basel-Stadt bezüglich der Osttangente informiert?**
- **Wie gedenkt der Regierungsrat einer allfälligen erweiterten Rolle des Rheintunnels als zusätzliches 'Überlaufgefäss' entgegenzuwirken?**